Vorschläge zur Modernisierung der deutschen Außenwirtschaftspolitik

- Ohne starke Außenwirtschaft wird es die notwendige wirtschaftliche Erholung in Deutschland nicht geben; Wachstum in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen kann kurzfristige Einbußen aufgrund notwendiger innenpolitischer Reformen abmildern und Akzeptanz erhöhen
- Rohstoffabhängigkeit reduzieren durch Diversifizierung – Schaffung von Autarkie durch ineffiziente Subventionen ist zum Scheitern verurteilt
- Reaktion auf Zollandrohungen: Europäische Zölle abbauen und auf Freihandel setzen
- Ambitionierte Außenwirtschaftsförderung ermöglichen durch die Schaffung neuer Instrumente, durch interessengeleitete Außen- und Entwicklungspolitik und durch Entbürokratisierung

Einleitung

Die starke internationale Position der deutschen Wirtschaft durch Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen sowie durch Direktinvestitionen ist und war immer ein zentraler Pfeiler unseres Wohlstandsmodells. Regelmäßig macht der Export von Gütern und Dienstleistungen etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus. Diese Abhängigkeit vom Außenhandel ist Segen und Fluch zugleich. Einerseits wirkt die Vernetzung mit dem Weltmarkt als Puffer gegen Störungen einzelner Teilmärkte, andererseits ist eine Ausrichtung auf Exporte dann riskant, wenn das Klima für den Außenhandel sich insgesamt verschlechtert.

In der Tat ist diese Exportabhängigkeit zuletzt durch die geopolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre, durch schwache heimische Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt durch den Wiedereinzug von Präsident Trump in das Weiße Haus zum Risiko für die deutsche Wirtschaft worden. Umso wichtiger ist, die außenwirtschaftspolitischen Weichen richtig zu stellen, sodass es den Unternehmen gelingt, sich optimal zu

positionieren. Denn wenn der US-Markt zukünftig schwieriger zu bedienen sein würde, braucht es Alternativen.

Politische Entscheidungsträger haben den Reformbedarf in der internationalen Wirtschaftspolitik erst spät erkannt. Entsprechende Reaktionsvorschläge wurden regelmäßig vorgelegt, in vielen Fällen aber bislang nicht umgesetzt. [1] Es ist bisher nicht gelungen, die Außenwirtschaftspolitik mit mehr Dynamik zu versehen. Insofern kann man angesichts der aktuellen Herausforderungen hoffen, dass Politiker nun Handlungsbedarf erkannt haben und konkrete Maßnahmen ergreifen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass die beste Reaktion auf handelspolitische Maßnahmen und geopolitische Herausforderungen darin besteht, der **Sozialen Marktwirtschaft** wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Dies gilt auch mit Blick auf die Außenwirtschaftspolitik, die nicht naiv liberal sondern auf nicht-diskriminierende Weise unterstützend sein muss. Konkret sind vier Themen von Bedeutung, die wir im Folgenden genauer vorstellen:

1. Internationale Kooperation aufrechterhalten – gegen Protektionismus wehren
2. Außenwirtschaftsförderung ausweiten und professionalisieren
3. Wirtschaftliche Interessen stärker in der Entwicklungspolitik abbilden
4. Bürokratie reduzieren – Lieferkettengesetz abschaffen

Bevor wir die Details besprechen und konkrete Vorschläge unterbreiten, sei nochmals an die wesentlichen Herausforderungen erinnert, vor denen die deutsche Wirtschaftspolitik heute steht.

[1] Die Autoren haben daher ihren nachfolgenden Betrachtungen ausdrücklich die Überlegungen zugrundegelegt, die Felbermayr/Liebing/Liesenfeld unter dem Titel „Perspektiven für eine zukunftsorientierte deutsche Außenwirtschaftspolitik“ (Kiel Policy Brief Nr. 154) bereits im Jahr 2021 und damit vor dem Auftreten der aktuellen Krisen angestellt haben. Diese werden in diesem Papier teilweise neu bewertet und erweitert.

Herausforderungen

Abhängigkeit von regelkonformem Verhalten aller Beteiligten

Es ist nicht neu, dass Volkswirtschaften, die wirtschaftlich eng verbunden sind, hohe Kosten in Kauf nehmen müssen, wenn sie bzw. ihre Partner gegen internationale Vereinbarungen verstoßen und das Risiko eingehen, dass diese starken wirtschaftlichen Verbindungen darunter leiden. Dass Staatschefs dennoch bereit sind, Entscheidungen zu treffen, die den wirtschaftlichen Interessen ihres eigenen Landes massiv schaden (neben dem russischen Angriffskrieg gehören dazu beispielsweise auch die Einführung von Zöllen), hielten viele für unwahrscheinlich. Spätestens seit der Amtseinführung des amerikanischen Präsidenten ist es nicht mehr garantiert, dass internationale, formal weithin anerkannte, Handelsregeln noch allgemein gelten.

Das betrifft nicht nur die Aktionen, sondern auch die entsprechenden Reaktionen. Zu Beginn des Jahres 2025 besteht die Gefahr, dass Reaktionen auf diese Entwicklungen (wie etwa die Entscheidungen der Trump-Administration) das Pendel zu weit ins andere Extrem bewegen. Dies gilt vor allem, wenn Akteure glauben, vermeintlich nicht mehr zutreffende Erkenntnisse der Wirtschaftspolitik, darunter auch der Außenwirtschaftspolitik, ins Gegenteil verkehren zu müssen. Im Zuge eines drohenden Handelskrieges mit den USA könnte zum Beispiel die nächste Bundesregierung glauben, sie müsse die Autarkie der deutschen Wirtschaft mit Hilfe industriepolitischer Maßnahmen sicherstellen. Auf der europäischen Ebene ist es nötig, mit Augenmaß, aber kraftvoll auf potentielle US-amerikanische Provokationen zu reagieren.

Versorgungssicherheit

Der Erfolg der deutschen Exportwirtschaft hängt maßgeblich von der Verfügbarkeit kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Importe von Gütern und Dienstleistungen ab. Besonders erkennbar wurde die

hohe Abhängigkeit Deutschlands anlässlich der Gaskrise, als die einseitige Abhängigkeit und damit die Vernachlässigung der politischen Natur des Außenhandels sichtbar wurde. Aber auch die starke Gewichtung auf chinesische Lieferungen von kritischen Rohstoffen spielt eine wichtige Rolle. Dabei ist zu beachten, dass Autarkie in einer stark vernetzten Weltwirtschaft mit ungleich verteilten Rohstoffvorkommen niemals die Lösung sein kann. Auch durch hohe Subventionen Anreize zu schaffen für die Ansiedlung etwa von Chipfabriken, ist ein ineffizientes und in der Regel nicht von langfristigem Erfolg gekröntes Vorgehen.

Vielmehr muss das Ziel sein, eine breite **Diversifizierung** zu schaffen. Es war insofern auch falsch, die wegfallenden russischen Gasliefermengen fast ausschließlich durch US-amerikanisches LNG zu ersetzen. Da es sich bei Versorgungssicherheit in gewisser Weise um ein öffentliches Gut handelt, ist von Marktversagen auszugehen, wenn man diese Frage allein den im Wettbewerb stehenden Versorgungsunternehmen überlässt. Diversifizierung muss ggf. durch kluge und möglichst **wenig marktverzerrende regulatorische Eingriffe** erzwungen werden. Eine entsprechende Diversifizierungsprämie muss die Gesellschaft dann ggf. in Form höherer Durchschnittspreise der kritischen Güter aufbringen. Neben dem Setzen von Anreizen für die notwendige Diversifizierung der Unternehmen bei ihrer Versorgung mit kritischen Gütern ist jedoch auch eine begleitende Außen(wirtschafts)politik notwendig, die es überhaupt erst ermöglicht, dass sich weitere und neue Bezugsquellen aus anderen Ländern auftun. Darauf wird später noch einzugehen sein.

Protektionismus als politische Waffe

Protektionistische Tendenzen, die den Import von Gütern und Dienstleistungen in die EU und nach Deutschland mit tarifären oder nichttarifären Maßnahmen behindern, nehmen zu. Gerade hat die US-Regierung weitere Zölle mit teils abenteuerlicher Begründung angekündigt. Neue Akteure mit speziellen nationalen Interessen gewinnen eine

immer stärkere Bedeutung. Hinzu kommt, dass insbesondere in den Wachstumsmärkten der Zukunft, den Schwellen- und Entwicklungsländern, deutsche Unternehmen auf Wettbewerber treffen, die von massiver staatlicher Unterstützung profitieren.

Diese Vorgehensweise ist grundsätzlich abzulehnen, da sie für alle beteiligten Volkswirtschaften wohlfahrtsmindernd und schädlich ist. Allerdings scheinen empirisch untermauerte und theoretisch schlüssige Erkenntnisse nicht überall berücksichtigt werden. Das außenwirtschaftliche Selbstverständnis der Bundesregierung muss sich dieser Realität anpassen. Zu lange hat Deutschland es versäumt, auf diese bereits seit Jahrzehnten andauernden Entwicklungen die richtigen Antworten zu geben. Deutschland sollte deshalb eine neue **Ambition in seiner Außenwirtschaftspolitik** entwickeln.

Wir schlagen vor, dass die neue Bundesregierung mit hoher Priorität den nachfolgenden Plan zur Modernisierung der deutschen Außenwirtschaftspolitik umsetzt.

Die konkreten Vorschläge

1. Internationale Kooperation aufrechterhalten – gegen Protektionismus wehren

Die außenwirtschaftspolitische Lage hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Diese Veränderungen sind zunächst bedingt durch den notwendigen und gerade vor dem Hintergrund der geopolitischen Entwicklungen im Frühjahr 2025 zu unterstützenden Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland sowie die neuen protektionistischeren Ansätze in den USA und China. Daneben ist auch die besondere Rolle zu nennen, die die engere Koordination von Schwellenländern (bspw. im Rahmen des BRICS+-Forums) eingenommen hat. Es ist deshalb so wichtig, dass Deutschland nicht darin nachlässt, für eine **Stärkung des Freihandels** zu werben und diesen aktiv voranzubringen. Dabei sind folgende Säulen einer Strategie für Freihandel wichtig:

a) Die **multilaterale Ordnung** wird durch die USA einen weiteren Schlag bekommen. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie deshalb tot ist. Vielmehr sollten gerade die Europäische Union, Kanada, Japan, Korea, Australien, Neuseeland und das Vereinigte Königreich darauf hinwirken, dass diese Ordnung bestehen bleibt. Dabei könnte es durchaus sein, dass ein aufgrund seiner ambivalenten Haltung zu den WTO-Regeln eigentlich unwahrscheinlicher Partner wie China – wenigstens temporär – an Bord kommt. Damit ließen sich die Opportunitätskosten US-amerikanischer Protektionsspiralen für die USA erhöhen.
b) Deutschland sollte auch weiterhin auf den Abschluss von ausgewogenen Handelsabkommen und Investitionsabkommen hinwirken. Neben Zöllen sollten nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigt und gleichzeitig die Chance ergriffen werden, deutsche bzw. europäische Standards auf globaler Ebene zu implementieren, wo immer das gelingt. Die laufende Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen mit für Deutschland wichtigen Handelspartnern droht politische Differenzen eher noch weiter zu vertiefen. Deshalb werben wir dafür, die europäischen Zölle zu überprüfen

und gegebenenfalls abzubauen. So würde der Wunsch des US-Präsidenten nach reziproken Zöllen sinnvoll eingelöst werden.

c) Wie schon oft angemahnt, könnte ein neues Abkommen der EU mit Afrika oder sogar mit der afrikanischen Freihandelszone wegweisenden Charakter haben. In Afrika ist man seit langem enttäuscht vom Auftritt Chinas. Die neue US-Politik, die EZ-Mittel über Nacht einzufrieren, trägt zum Ärger über die USA dort bei. Im europäischen Fokus sollten dabei die Interessen der afrikanischen Länder stehen, indem Handelsbarrieren für EU- Importe abgeschafft werden, z.B. im Landwirtschaftsbereich. Daneben sind faire Handels- und Investitionsschutzabkommen wie auch der staatlich unterstützte Export von Investitionsgütern ein wichtiges Element, um den Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur und die Förderung des privaten Sektors in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern zu fördern.

d) Deutschland sollte sich außerdem in der EU und der OECD für ein wegweisendes Rahmenwerk für die Außenwirtschaftsförderung einsetzen, das entsprechende Anreize ermöglicht. Dabei sollte sie danach streben, eine Koalition der Willigen zu formen, die gegebenenfalls auch ohne die USA auskommt. Hierzu ist es erforderlich, dass der OECD-Konsensus für staatliche Exportförderung den veränderten Kräfteverhältnissen auf den internationalen Märken Rechnung trägt. Die „Willigen“ sollten ihn daher so reformieren, dass er auch in Zukunft eine solide und verlässliche Basis für einen fairen internationalen Wettbewerb sein kann und dass die Durchsetzung nationaler und europäischer Interessen durch Wirtschaftsvorhaben etwa zur Rohstoffsicherung möglich wird.

2. Außenwirtschaftsförderung ausweiten und professionalisieren

a) Interessengeleitete Außenpolitik betreiben

Die Bundesregierung ist in ihrer Außenwirtschaftsförderung zu zögerlich. Gerade vor dem Hintergrund der Ressourcenabhängigkeit ist es erforderlich, gezielte und aktive Förderung strategisch wichtiger Branchen in strategisch wichtigen Märkten vorzunehmen, ohne dabei zu diskriminieren oder Wissen über zukünftige Entwicklungen vorzutäuschen, das die öffentliche Hand nicht haben kann. Die Grundlage für eine zielgenaue Förderung besteht zunächst darin, dass die **Interessen der deutschen Wirtschaft in der Außenpolitik** der Bundesregierung einen größeren Raum einnehmen müssen. Das entspricht in vielen Fällen auch den Interessen der Partnerländer, die häufig vor allem an einer Steigerung von Handelsbeziehungen und deutschen Direktinvestitionen interessiert sind. Solch konkrete gemeinsame wirtschaftliche Erfolgsgeschichten können dazu beitragen, auch auf politischer Ebene Beziehungen zu stärken. Die Bundesregierung sollte daher die notwendige Struktur schaffen, um sich ein genaues Bild über die Interessen der deutschen Wirtschaft in Partnerländern zu verschaffen und Projekte konkret zu unterstützen (beispielsweise durch maßgeschneiderte Finanzierungsangebote, politische Flankierung, die Entwicklung von „Paketangeboten“ etc.).

b) Instrumente der Außenwirtschaftsförderung verbessern

Bislang beschränkt sich die deutsche Außenwirtschaftsförderung auf (oftmals ambitionslose) politische Flankierung im Einzelfall und auf die Gewährung von Garantien und Bürgschaften in häufig zu engem Rahmen. Daneben müssen aber **ganz neue Instrumente** geschaffen werden, die heute noch nicht oder nur für eine sehr kleine Anzahl von Projekten zur Anwendung kommen.

So ist für bestimmte Auslandsvorhaben, an denen sich deutsche Unternehmen beteiligen, eine besondere Förderung möglich, wenn die Projekte für Deutschland von **strategischem Interesse** sind. Die im

Strategiepapier der Bundesregierung „Neue Impulse für den internationalen Wettbewerb um strategische Großprojekte – Chancen für Deutschland verbessern“ von 2018 festgelegten Ziele und Maßnahmen bedürfen einer Weiterentwicklung, die den Wandel der globalen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stärker in den Blick nimmt. Auslandsvorhaben, die einen wesentlichen Beitrag zur Gesamtstrategie der Bundesregierung leisten könnten, sollten seitens der Bundesregierung noch gezielter und aktiver unterstützt werden. Die Fördermöglichkeiten, die bislang nur für eine kleine Zahl ausgewählter strategischer Großprojekte möglich sind und sehr selten gewährt werden, müssen deutlich verbreitert werden und künftig grundsätzlich auch für **Vorhaben des Mittelstands** und für zusätzliche Sektoren geöffnet werden. Die notwendigen Ressourcen können durch Umschichtungen im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereitgestellt werden.

Die folgenden bereits im Jahr 2021 erhobenen Forderungen von Felbermayr/Liebing/Liesenfeld sind in weiten Teilen bislang noch nicht umgesetzt und bleiben daher bestehen:

- „Die fortschreitende Internationalisierung erfordert die Nutzung globaler Wertschöpfungsketten, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und die Innovationsfähigkeit zu befeuern, ist eine Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsförderinstrumente notwendig. Die im Kontext der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes stagnierende Internationalisierung der deutschen Exportwirtschaft muss umgekehrt werden. Warenursprungsbezogene Anforderungen an die Förderungswürdigkeit bewirken, dass Transaktionen oder Unternehmen nicht oder nicht effektiv mit Exportkreditgarantien unterstützt werden können, wenn sie mit keinem oder einem nicht hinreichenden, geringen deutschen Warenanteil verbunden sind. Dies wirkt sich insbesondere auf Dienstleistungen negativ aus, die durch die fortschreitende Digitalisierung zunehmend an Bedeutung gewinnen und

zur Schaffung neuer Geschäftsmodelle führen. Solche Dienstleistungen haben keinen Warenursprung, schaffen aber in zunehmendem Umfang eine signifikante Wertschöpfung und ein großes Innovationspotenzial mit entsprechenden Arbeitsplatzeffekten am Wirtschaftsstandort Deutschland. Um diese Entwicklung stärker berücksichtigen zu können, haben sich viele Exportkreditagenturen bereits seit längerem von einem warenherkunftsbasierten Ansatz („national content“) verabschiedet und stellen ein “nationales Interesse” in den Vordergrund ihrer Deckungspolitik („national interest“). Auch in Deutschland erscheint es trotz der immer noch starken inländischen Industrieproduktion angezeigt, diesen **Ansatz des nationalen Interesses** heranzuziehen und in Ergänzung zu dem geltenden Modell **neue Kriterien zusätzlich zur herkömmlichen Bestimmung der Förderungswürdigkeit zu entwickeln.** Es sollten hierbei stärker der Beitrag von nichtproduzierenden Unternehmen sowie Aktivitäten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Europa berücksichtigt werden.“

- „Heute beschränkt sich die Außenwirtschaftsförderung des Bundes auf eine Förderung von Unternehmen, die den Schritt der Internationalisierung bereits vollzogen haben. Im Kontext der Bedeutung des Exports für die deutsche Volkswirtschaft und eines zunehmenden Wettbewerbs wird es zukünftig umso dringlicher sein, mehr deutsche **Unternehmen zu Exporten zu befähigen** und fit für die Internationalisierung zu machen. Andere Länder sind hier bereits aktiver und bieten seit der Covid-19-Krise unter anderem **Absicherungen und Finanzierungshilfen für Kautionszahlungen und Vorfinanzierungen für den Export sowie Markterschließungsprogramme an**. Um bisher noch nicht frei gemachtes Exportpotenzial deutscher Unternehmen zu heben, sollten die Exportförderung erweitert und **Lieferketten berücksichtigt werden**. Gerade kleine und mittlere Unternehmen weisen häufig eine schwache Liquiditätsbasis auf. Dies stellt schon bei der Akquise von Geschäften eine

große Herausforderung dar. Vorlauf- und Projektentwicklungskosten bilden oftmals eine weitere Eintrittsbarriere für Mittelständler. Das gleiche Liquiditätsproblem stellt sich dann anschließend bei der Realisierung von Aufträgen in der Produktionsphase, da unvorhersehbare Entwicklungen nicht ohne weiteres abgefedert werden können. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, durch eine **Erweiterung der Garantieinstrumente** die Liquiditätssituation der exportierenden Unternehmen zu stabilisieren und die Unternehmensfinanzierung zu sichern. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich des Working Capitals."

- „Erforderlich ist auch eine Weiterentwicklung sonstiger gesetzlicher Rahmenbedingungen wie z.B. des **Beihilferechts**, um sowohl den europäischen Ansatz zu stärken als auch auf außereuropäische Wettbewerber angemessen reagieren zu können. Es geht darum, Wettbewerbsverzerrungen zu neutralisieren. Dies ist umso dringender, als eine strengere Regulierung von Subventionen im internationalen Handelsrecht in absehbarer Zeit kaum realistisch erscheint."

c) Politische Flankierung professionalisieren

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die **politische Flankierung von deutschen Projekten im Ausland**. Dazu gehört auch, wirtschaftliche Interessen Deutschlands in schwierigen Partnerländern und Ländern mit demokratischen Defiziten offensiv zu vertreten. Auch wenn die öffentliche Diskussion manchmal einen gegenteiligen Eindruck erweckt: Die **wirtschaftliche Entwicklung eines Landes als Treiber für Demokratie und Rechtsstaat** sollte weiterhin nicht unterschätzt werden.

Der deutsche Mittelstand hat große Stärken. Beim Wettbewerb um eine Mitwirkung an großen Infrastrukturprojekten im Ausland zeigen sich aber auch strukturelle Nachteile. Diese muss die Bundesregierung durch verstärkte Übernahme einer **Koordinationsfunktion** ausgleichen. So könnte beispielsweise die GTAI durch die Schaffung von

Plattformen für den gemeinsamen Auftritt relevanter Unternehmen des deutschen Mittelstands in Drittländern einen wichtigen Beitrag leisten und so ermöglichen, dass Deutschland komplexe Lösungen und Paketprojekte im Ausland anbieten kann und sich nicht auf den Verkauf von einzelnen Produkten beschränken muss.

d) Bessere Koordination innerhalb der Bundesregierung

Es gibt zudem in Deutschland in nahezu jedem Ministerium und vielfach auf Landesebene Strategien für den Umgang mit Außenhandel und internationaler Investitionstätigkeit. Wettbewerb um die beste Idee ist sicherlich zu begrüßen. Trotzdem sollte die nächste Bundesregierung sicherstellen, dass alle außenwirtschaftlich relevanten **Bundesressorts, Behörden und sonstigen Institutionen koordiniert und einheitlich** nach außen auftreten. Dies muss durch ein aktives Marketing, eine enge Vernetzung und politische Flankierung unterstützt werden. Es bedarf also einer einheitlichen, ressortübergreifenden Strategie der Bundesregierung.

Dies kann sicherlich im Bundeswirtschaftsministerium, das im Übrigen wieder mit ordnungspolitischen Kompetenzen ausgestattet werden muss, geschehen. Dazu wäre es sinnvoll, die mit **wirtschaftlicher Zusammenarbeit befassten Abteilungen des BMZ** künftig im Wirtschaftsministerium anzusiedeln. Diese neue zentrale Stelle für außenwirtschaftliche Fragen sollte eng mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeiten, um die deutschen Botschaften als zentrale Knotenpunkte der deutschen Wirtschaftsnetzwerke im Ausland zu nutzen. Die Gesamtkoordination auf Regierungsebene sollte einem **Staatsminister oder -sekretär für Außenwirtschaftsfragen** zugeordnet sein, der im Rahmen seiner Aufgabe internationale Beziehungen aktiv pflegt, konkrete Projekte deutscher Unternehmen unterstützt und die notwendige Erweiterung und Modernisierung der Wirtschaftsförderinstrumente sowie des sie leitenden Rechtsrahmens zentral innerhalb der Bundesregierung verantwortet.

3. Entwicklungspolitik muss wirtschaftliche Interessen stärker abbilden

Die neue Bundesregierung sollte es sich zur Aufgabe machen, die **Entwicklungszusammenarbeit und die Außenwirtschaftsförderung** zu verzahnen. Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sollten vermehrt zur Absicherung und Förderung von deutschen Auslandsinvestitionen verwendet werden. Dies ist besonders wichtig bei Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern. Denn diese haben dort das Potential für positive Effekte für die Menschen vor Ort. Sie können einen besonderen Beitrag für die Sustainable Development Goals leisten. Bei erneuerbaren Energien könnte der **intelligente Einsatz von Entwicklungsgeldern** der entscheidende Schlüssel sein, um sowohl für die Empfänger als auch die Investoren Projekte kommerziell finanzierungsfähig zu machen. Einen positiven Beitrag kann zudem die Einrichtung von Industrieparks und **Sonderwirtschaftszonen** leisten.

Mit dieser Verzahnung kann zum einen die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure erhöht und zum zweiten nachhaltig die notwendige Hebelwirkung der Entwicklungszusammenarbeit und damit die **wirtschaftliche Wirkung in den Kooperationsländern** sichergestellt werden. Dazu kann es beispielsweise gehören, Projekte und Schwerpunktthemen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eng mit den Interessen deutscher Unternehmen in diesen Ländern abzugleichen. Dies schließt auch **Berufs- und Hochschulbildungsprojekte** ein.

4. Bürokratie reduzieren – Lieferkettengesetz abschaffen

Deutsche Unternehmen sind bei der Expansion in neue Märkte strukturell eher benachteiligt. Die ansonsten sehr stabile und häufig vorteilhafte mittelständische Struktur bringt es mit sich, dass Unternehmen häufiger weniger risikobereit oder zu klein sind, um große integrierte Paketlösungen international anzubieten und zu finanzieren. Umso wichtiger ist es, dass diese Nachteile durch **Vereinfachungen und Begleitung der öffentlichen Hand** ausgeglichen werden. In den vergangenen Jahren war jedoch häufig das Gegenteil zu beobachten: Durch zusätzliche bürokratische Anforderungen hat die Bundesregierung es gerade für den Mittelstand immer schwieriger gemacht, sich international zu engagieren. Dies gilt zum Beispiel für das deutsche Lieferkettengesetz und die entsprechende europäische Regelung. Diese Vorgaben sorgen eher für den **Rückzug deutscher Unternehmen aus Ländern mit erhöhtem Risiko**. Ein solcher Rückzug deutscher Unternehmen führt in vielen Fällen nicht zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation, der Umweltqualität oder des politischen Systems; eher ist das Gegenteil zu befürchten. Auch hier sollte die Praktikabilität für die Unternehmen und die Auswirkungen für Partner vor Ort in den Mittelpunkt gestellt werden. Anstatt heimische Importeure mit neuen Kosten zu belasten, was zu einem Rückzug gerade aus kleinen, ärmeren und schlecht regulierten Ländern geführt hat und künftig noch stärker führen könnte, wäre ein **Negativlistenansatz** auf EU-Ebene besser. Damit wird auf insgesamt kostenminimale Art und Weise, mit hoher Rechtssicherheit und guter internationaler Anschlussfähigkeit sichergestellt, dass europäische Unternehmen und ihre Zulieferer mit nachgewiesenermaßen problematischen Unternehmen aus dem Ausland nicht zusammenarbeiten. Es ist erfreulich, dass diese Erkenntnis inzwischen zumindest in Teilen in der Politik angekommen ist; sie muss aber noch umgesetzt werden.

Die Chancen steigen – wir müssen sie nutzen

Die Herausforderungen für die deutsche Wirtschaftspolitik sind immens und sie lassen fast keinen Bereich der Wirtschaftspolitik unberührt. Dennoch besteht das Risiko, dass angesichts der schieren Fülle an Problemen und Breite des Änderungsbedarfs die Außenwirtschaftspolitik nicht die Aufmerksamkeit durch die neue Bundesregierung bekommen wird, die sie entsprechend ihres Beitrags zur Gesamtwirtschaft verdient.

Das sollte um jeden Preis vermieden werden, denn eine Ausweitung der Export- und Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen kann den Problemdruck anderswo senken bzw. dafür sorgen, dass als unzumutbar empfundene Reformen in anderen Feldern – Stichworte sind hier Subventionsabbau und Deregulierung – in ihren kurzfristigen Wirkungen abgemildert werden. Denn das Problem jeder Reformpolitik besteht darin, dass ihre segensreichen Wirkungen erst später sichtbar werden, während sie kurzfristig Privilegien abbaut und damit unter Umständen Gewinne schmälern und Arbeitsplätze kosten kann. Impulse durch die Außenwirtschaftsförderung können dem unmittelbar entgegenwirken. **Ohne eine starke und moderne deutsche Außenwirtschaftspolitik wird also weder die notwendige innenpolitische Reformagenda erfolgreich sein noch eine nachhaltige Erholung der deutschen Volkswirtschaft gelingen.**

Autoren:

Prof. Dr. **Andreas Freytag**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universität Stellenbosch und Institute for International Trade, Universität Adelaide

Prof. Dr. **Stefan Liebing**, Geschäftsführer, Conjuncta GmbH, Honorarprofessor Hochschule Flensburg, Hiob-Ludolf-Gastprofessor Universität Hamburg

Unterstützer:

Oliver Alexander, Gründungspartner, Alexander & Partner Rechtsanwälte mbB

Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Dr. **Christian von Boetticher**, Vorstandsvorsitzender, Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V.

Zeno Fleck, Geschäftsf. Gesellschafter, Tauber-Solar Gruppe

Hanna Kleber, Präsidentin Kleber Group und Voice4Africa

Heinrich Köhler, Honorarkonsul von Äthiopien

Dr. **Michael Rohschürmann**, Unternehmer und Wissenschaftler

Dr. **Patrizia Solaro**, Co-Herausgeberin des Buchs „Neue Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft“ und ehem. Vorsitzende des BDI-Außenwirtschaftsausschusses

Prof. Dr. **Elmar Steurer**, Vizepräsident Internationalisierung, Hochschule für angewandte Wissenschaften Neu-Ulm

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. **Matthias Theodor Vogt**